

lichkeit zur Erklärung seines Handelns zu geben. Die Tatsache, daß man eine Sache erklärt, bedeutet ja noch lange nicht, daß man sie rechtfertigt oder gar beschönigt. Zweifelsohne stellt sich uns heute die Situation von 1918/19 anders dar als den damals Handelnden. Die zentrale Frage für den Historiker ist jedoch zunächst einmal, zu klären, warum die Verantwortlichen so handelten, wie sie gehandelt haben. So aber entsteht der Eindruck, sie hätten nicht gewollt, und schon sind wir wieder bei der alten »Verratsthese«, die eigentlich wenig zur Erklärung der damaligen Ereignisse beiträgt. Warum haben denn die MSPD-Führer nicht »gewollt« bzw. was wollten sie denn statt dessen? Haben sie überhaupt anders handeln können und wenn ja, in welchen konkreten Einzelpunkten? Ein weiterer Punkt, den der Rezensent im Ansatz des Dokumentenbandes für einseitig hält, bezieht sich auf den ersten Teil der abgedruckten Quellen. Natürlich war die SPD vor 1914 *auch* eine Friedensbewegung. Doch nicht nur. Gerade die Frage, welche Haltung die Arbeiterparteien bei Ausbruch eines Krieges einnehmen sollten, war national wie international höchst umstritten. Läßt man einen der beiden Aspekte fort, so muß sich zwangsläufig auch die Perspektive bei der Einschätzung der SPD-Politik während des Krieges und der Revolutionszeit verengen. Die Folge sind einseitige Urteile.

Trotz dieser kritischen Einwände sollte dieser Band sowohl wegen seiner Materialfülle als auch wegen seiner zum Weiterfragen provozierenden Aussagen in keiner Bibliographie zur Novemberrevolution fehlen.

Helmut Trotnow

Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924—1930, Wilhelm Fink Verlag, München 1978, 278 S., kart., 48 DM.

Die Geschichte des politischen Linksliberalismus in der Weimarer Republik gehört seit einiger Zeit zu den besser bestellten Feldern der historischen Forschung.¹ Gleichwohl fehlt bislang eine wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung der Deutschen Demokratischen Partei.² Die hier angezeigte Arbeit von Werner Schneider hat sich zur Aufgabe gestellt, dieses Desiderat wenigstens für die Mittelphase der Republik zu schließen. Die Beschränkung auf den Zeitraum von 1924—1930 ergibt sich dabei nicht allein aus der Forschungssituation. Für Schneider erhalten diese Jahre einen »spezifischen Stellenwert, da die Eigengesetzlichkeit des Weimarer Systems nur in dieser Periode stärker zum Tragen kam« (S. 27).

Der Autor verknüpft methodisch eine Analyse der Ideen- und Organisationsgeschichte der DDP mit der repräsentativen Betrachtung ihrer innen- und außenpolitischen Aktionsfelder. Der Leser wird mit den Problemen des DDP-Parteiparates ebenso bekanntgemacht wie mit der Öffentlichkeitsarbeit der Demokraten. Er erhält einen Überblick über den sozialen Einzugsbereich der DDP und ihre wesentlichen Finanzquellen. An ausgewählten Beispielen werden die linksliberale Koalitionspolitik und die in der DDP dominierenden außen- und wirtschaftspolitischen Grundkonzeptionen beschrieben.

Es ist von vornherein Schneiders Anliegen, die Interdependenzen zwischen der Parteikrise der DDP und der Systemkrise der Republik aufzuzeigen. Der Autor geht dabei von der poli-

1 Vgl. den Literaturbericht von *Konstanze Wegner*, Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4, 1978, S. 132 ff. Vgl. neuerdings *Konstanze Wegner* (Bearb.), Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918—1933, Düsseldorf 1980.

2 Die Arbeit des ehemaligen DDP-Reichsgeschäftsführers Werner Stephan kann diesen Anspruch nicht erfüllen. Vgl. *Werner Stephan*, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918—1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

tikwissenschaftlich eher trivialen, wenngleich zutreffenden Feststellung aus, daß die Strukturkrise eines politischen Systems erst aus der Mehrzahl struktureller Subsystemkrisen begriffen werden kann und daß das politische Parteienwesen als »institutionalisiertes Teilsystem sozialer Artikulation« anzusehen ist: »Aus der parteiengeschichtlichen Perspektive läßt sich somit ein Beitrag leisten, um die Frage nach dem Scheitern des Weimarer Staates zu beantworten« (S. 26).

Um es vorweg zu sagen: Die ambitiöse methodische Absicht Schneiders, das politisch-soziale System der DDP mit den allgemeinen Systembedingungen der ersten deutschen Demokratie und den »ungelösten Grundproblemen« des Liberalismus zu verrechnen, ist längst nicht in allen Punkten gelungen. Gleichwohl trägt die angezeigte Arbeit vor allem im organisationsgeschichtlichen Bereich wesentlich zur weiteren Erhellung der Geschichte der DDP bei. Schneider belegt eindrucksvoll, daß die DDP die Kluft zwischen dem altliberalen Politikverständnis ihrer Führungsspitze und den dynamischen sozialen Interessen ihrer »zwischen den Klassen« befindlichen Wähler- und Mitgliederbasis nicht zu überbrücken vermochte und damit den Schritt von der Honoratiorenpartei zur modernen Massenpartei nie wirklich vollzog (S. 49 ff.). Hinzu trat, daß die finanzielle Abhängigkeit der DDP von den Großbanken und der Großindustrie (S. 69 ff.) jede Orientierung an den ohnehin heterogenen mittelständischen Interessen weiter erschwerte. Die augenfällige Ineffizienz des Parteiapparates und die häufig kritische Distanz der linksliberalen Presse von der Parteilinie taten ein Übriges, um die Mobilisierung von politischen Hilfstruppen etwa im Verbandswesen unmöglich zu machen (S. 67 ff. und S. 74 ff.). Die Flucht in den Mythos der über allen Interessen schwebenden »Staatspartei« (S. 46 ff.) bezog insofern ihre Impulse gutenteils aus den schwerwiegenden parteistrukturellen Defiziten der DDP.

So instruktiv sich die organisationsgeschichtlichen Kapitel in Schneiders Buch ausnehmen, so holzschnittartig bleiben die Aussagen des Autors zur Programmatik und Politik der Demokraten in der Weimarer Zeit. Die von Schneider als zentrale Bezugsgröße seiner Untersuchung immer wieder bemühte Krise des Gesamtsystems wird in aller Regel durch Leerformeln wie »Disfunktionales Parteiensystem« und »improvisierte Demokratie« (S. 49) charakterisiert und bewegt sich — wie die ausdrückliche Bezugnahme auf Theodor Eschenburg und Ernst Fraenkel (S. 55 f.) beweist — im Horizont traditioneller Interpretationsansätze. Die politikgeschichtlichen Einzelanalysen bleiben vergleichsweise unscharf; das gleiche gilt für die ideologiekritischen Ansätze im resümierenden Schlußkapitel. So wird man — um nur ein Beispiel zu nennen — im Zusammenhang mit dem Ruhreisenstreit 1928/29 sicherlich nicht von einer realen Ausgleichsrolle der DDP sprechen können (S. 127 f.). Im Unterschied zu ihrer rechtsliberalen Schwesterpartei, der DVP, besaß die Demokratische Partei nie wirklichen Einfluß auf den Tarifkonflikt in der nordwestdeutschen Schwerindustrie.³

Was die Bewertung der DDP-Programmatik anlangt, übernimmt Schneider allzu kritiklos und gutenteils apologetisch die Selbsteinschätzung führender linksliberaler Politiker der Zeit. Die DDP erscheint als »Staatspartei«, deren Führung sich auch nach der Verschmelzung mit dem »Jungdeutschen Orden« »weitgehend mit dem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System des Weimarer Staates identifizierte«, während die Anerkennung der Republik durch DVP, SPD und Zentrum »größtenteils nur formalen Charakter« trug (S. 265). Schneider verkennt, daß auch die führenden linksliberalen Politiker keineswegs jener spezifischen Rückständigkeit der »politischen Kultur«⁴ gegenüber dem politischen (Verfassungs-) System entwachsen waren, die für die deutsche Gesellschaft der Zwischenkriegszeit charakte-

3 Vgl. Bernd Weisbrod, *Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*, Wuppertal 1978, S. 415 ff.

4 Zum Konzept der politischen Kultur vgl. Gabriel A. Almond/Bingham G. Powell, *Comparative Politics. A Development Approach*, Boston/Toronto 1966, S. 50. Vgl. jetzt auch die Einführung bei Peter Reichel, *Die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1981.

ristisch ist. Die DDP hat den Versailler Vertrag, das »Grundgesetz« der Republik, nie ernsthaft akzeptiert, und ihr »Demokratischer Nationalismus«⁵ bildete eines der Einfallstore für rechtsextreme Ideologeme in gemäßigte bürgerliche Wählerschichten. Das linksliberale Überparteilichkeitscredo und das »Gesamtinteressenkonzept« (S. 265) zeigen im Grunde genommen das nie erloschene Mißtrauen gegenüber der Massendemokratie des 20. Jahrhunderts auf. Das linksliberale Demokratieverständnis war durchdrungen von den älteren liberalen Entwürfen einer weitgehend nivellierten Gesellschaft mittelständischer Produzenten und zeigte sich zu Ende der Zwanziger Jahre überaus anfällig für neokonservative ständische Ideologie. Vom parlamentarischen System Weimars war dies — gegen alle Lippenbekenntnisse — ein gutes Stück entfernt; noch weiter von modernen pluralistischen Demokratiemodellen westlicher Prägung. Nirgendwo wird das augenfälliger als in der Tatsache, daß breite linksliberale Führungsschichten die Fusion mit dem bündischen »Jungdeutschen Orden« (S. 253 ff.) nicht als einen Bruch mit ihrer angestammten politischen Vorstellungswelt empfanden, obgleich der Orden mit seinen Balleien, Großkomturen, Ordenskanzlern und Großmeistern den Gegensatz zum parlamentarischen System und zu demokratischen Organisationsprinzipien bewußt stilisierte.

Mithin fehlte es den Weimarer Linksliberalen weniger an einer Theorie, die — wie Schneider im Anschluß an Lothar Albertin formuliert — »eine vermittelnde Funktion zwischen den traditionellen Programmidealen und den praktischen politischen Erfordernissen übernehmen konnte« (S. 267); vielmehr ließen sie häufig jedes echte Verständnis für die Grundlagen und Funktionsweisen des von ihnen mitgeschaffenen politischen Systems vermissen.

Schneiders Arbeit übergeht diesen wichtigen Aspekt. Für den Autor ist die Weimarer Republik an der »Disfunktionalität des Parteiensystems« und an den »ungelösten ökonomischen Strukturproblemen« gescheitert (S. 270). Dies ist ohne Zweifel zutreffend, nur eben die halbe Wahrheit. Der Niedergang der ersten deutschen Demokratie war sicherlich auch ein Ergebnis der »Selbstpreisgabe« der Weimarer Demokraten, die allzugern der Illusion eines im Innern aller Klassenkonflikte und Interessenauseinandersetzungen entkleideten, außenpolitisch zur Großmacht erstarkten Deutschland nachhingen und darüber die unbestreitbaren Vorzüge ihrer republikanisch-parlamentarischen Ordnung vergaßen.

Ulrich Heinemann

David Abraham, *The Collapse of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis*, Princeton University Press, Princeton/New Jersey 1981, 366 S., geb., \$ 30.00; Pb., \$ 12.00.

In Auseinandersetzung mit Forschungsthese, nach denen die Weimarer Republik als Beispiel für die Herausbildung einer organisierten, formierten oder korporativen Gesellschaftsstruktur gelten könne, beleuchtet David Abraham mit einer detaillierten Analyse der divergierenden wirtschaftlichen und politischen Interessen wichtiger Machtgruppierungen die Bedingungen gesellschaftlicher (De-)Stabilisierung in der Weimarer Republik. Eignet den bisher vorgelegten Spezialuntersuchungen vielfach ein perspektivisch konzentrierter Zugriff auf die Politik nur eines Machtfaktors — etwa (Schwer-)Industrie, Landwirtschaft oder Arbeiterbewegung —, so berücksichtigt D. Abraham systematisch sowohl die Konflikte innerhalb von Landwirtschaft (Großagrariarier/Bauern) und Industrie (Schwerindustrie/»neue« exportabhängige Industrien) als auch zwischen Landwirtschaft und Industrie sowie zwischen Industrie und Arbeiterorganisationen. Diese größtenteils auf der Basis archivalischer Quellen (ins-

⁵ Jürgen C. Heß, »Das ganze Deutschland soll es sein«. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978, passim.